

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Verantwortl. Red. Dresden Nr. 31307

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altfeld und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönbühl
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Vöhrnigemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Volkewitz

Er erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.— einschließlich Bestellgeld;
durch den Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—;
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.—

Blasewitz
Freitag, 9. Juli 1920.

Anzeigen-Preis: die gespaltene Grundzeile oder deren Raum
1.— Mark, im Textteile die Zeile 250 Mark, für Tabellen- und
schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr

Die Sozialdemokratie auf dem Wege nach Damaskus?

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei bricht sich allmählich die Erkenntnis Bahn, daß man mit dem Austritt aus der Regierung, wie überhaupt mit der Taktik seit dem 6. Juni einen Fehler begangen hat. Ja, man gibt das teilweise schon ganz offen zu. Erregte es doch ziemlich Aufsehen, als zwei Redakteure des „Vorwärts“ sich zu denen bekannten, die bereit waren, mit der Deutschen Volkspartei ein Kabinett zu bilden: Erwin Barth und Arthur Dickler. Der erste sprach sich in einer Berliner Versammlung in diesem Sinne aus, der letztere flüchtete mit seiner Meinung in die westliche Volkszeitung in Wilmersdorf, wo er, Ende Juni, rund heraus erklärte, daß die Partei eine unhaltbare Stellung einnehme. Ihre Politik sei ein Wabanauspiel. Sie lehnte ferner auseinander, daß die Partei mit ihrer Enthaltungspolitik die Interessen der Partei über die Interessen des Volkes gesetzt habe, während sie doch als größte Partei die Pflicht zur Aktivität, die Pflicht zur Koalition hätte. Sie sagte ferner:

„Es gibt eben in Deutschland noch Millionen Volksgenossen, die noch nicht wissen, was es heißt, wenn Streikmann gegen Streikmann oder Traud wider Erzipien steht. Aber die Weisheit wieder von Stanzas und Legien vertreten, alles bombastischen Volksworts lediger Interessen weiten sich selbst der stumpfe Kleinbürger bald erkennen.“

Wirtschaftskabinett! Laßt dem lieben Gott das Ideal und das Prinzip, laßt die Pläne neben Weidrauch und die jeglichen Menschenrechte samt allem Schindluder beiseite, das lange genug damit getrieben worden ist und nehmt den Weisheitstisch zur Hand, das einzig taugliche Instrument zur Lösung des Wiederaufbaues!

Wirtschaftskabinett! Regien und Gelickerd sollen ihre Kräfte gegeneinander einstimmen, in deren Schrittpunkt die Synthese des möglichen Wiederaufbaues liegt.“

Auch die sozialdemokratische Zeitschrift „Firn“ in Berlin (Verlag für praktische Politik und geistige Erneuerung, Berlin W 57) erklärte den Beschluß der Parteikonferenz vom 13. Juni in Bezug auf die Nichtbeteiligung in der Regierung für verfehlt und sagte begründend dazu:

„Als die Sozialdemokratie nach der Revolution in die Regierung ging, ließ sie sich bei diesem notwendigen Schritt nicht von dem Umstand abhalten, daß sie sich mit Politikern kapitalistischer Anschauung in die Macht teilen müsse. Auch die Volksparteiler, mit denen wir nach der Wahlverschiebung die Regierung bilden müßten, unterscheiden sich von uns Sozialdemokraten im wesentlichen nur durch ihre kapitalistische Anschauung, wie sie auch die Zentralisten und die Demokraten, mit denen wir bis jetzt im gemeinsamen Koalitionsbündnis lagen, vom Sozialismus durch ihre Ueberzeugung von der alleinigen Lösungsmöglichkeit kapitalistischen Wirtschaft trennen. In Wirklichkeit fürchtet man, daß man sich durch die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei noch mehr Popularität verschaffen könne. Aber das ist nicht zu befürchten, unsere Rolle als Regierungspartei hat uns unter der Kerntuppe feinerer Abdruck getan. Unsere politische Welt sieht keineswegs darin, daß wir die Unterdrückungsmerkmale zwischen uns und den Unabhängigen verfeinern, sondern darin, daß wir sie vergrößern. Wir dürfen das begonnene Werk unter keinen Umständen im Stiche lassen!“

In der folgenden Nummer (19 vom 1. Juli) geht der „Firn“ im Leitartikel noch schärfer mit der althergebrachten Verformungstaktik der Partei ins Gericht und vergleicht sie mit der Eghernacher Springprojektion, die bekanntlich immer drei Kopier vorwärts und zwei zurückmacht. Es heißt in diesem sehr bemerkenswerten Artikel:

„Es ist jetzt längerer Zeit für die politische Lebenden in der Partei kein Geheimnis mehr, daß das alte Parteiprogramm den Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht: Bereits lange vor dem Kriege wurde dies zum Ausdruck gebracht und in den unangenehmen politischen Reibungen des Weltkrieges sind dann auch eine Anzahl der tragenden Grundzüge dieses Programms zur völligen Unbrauchbarkeit germüht worden. Anstatt dies anzugeben oder dieser Tatsache durch eine großzügige Programmrevision zu entsprechen, haben die maßgebenden Instanzen der Partei zu halten versucht, was nicht zu halten war. Die politische Kurzsichtigkeit wurde zum politischen Verbrechen, als man die Sozialdemokratie bei der letzten Wahl unter dem Kampfruf ins Feld sandte: „Der Feind steht rechts!“ Das konnte, da wir nach der Rechten hin noch niemals Schonung kennen haben, nur so verstanden werden, daß die Radikalen geachtet werden sollen. Für die Parteilöhner aber, die die Partei und mit der Partei den Sozialismus aus der Eghernacher Springprojektion in die Bahn der Stetigkeit führen wollen, muß jetzt die Zeit des Aufbaues vorüber sein.“

Besonders bemerkenswert ist, daß die Kerntuppe der sozialdemokratischen Partei, die sozialistischen Gewerkschaften, sofort nach der Wahl erklärt hatten, die Partei dürfe das Reichsamt nicht und nimmer den Reichsparteien ausliefern, und der Redakteur des Deutschen Gewerkschaftsbundes Paul Umbreit erklärte es am 15. Juni für ausgeschlossen, daß die auf dem Boden der republikanischen Verteidigung stehenden Parteien eine Regierung der Reaktion zulassen können. U. erklärte ferner, die Partei dürfe sich ihrer Verantwortlichkeit nicht entziehen, weil es vielleicht bequemer wäre, Opposition zu machen, und sie dürfe sich auch nicht scheu hinter die Verantwortung anderer Parteien verhehlen.

Rechnlich urteilte in Nr. 18 des „Firn“ der sozialdemokratische Professor an der Berliner Universität Dr. Paul Leisch, der nachwies, daß sachliche Gründe für die Ablehnung einer Koalition unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei nicht vorhanden seien:

„Auch hier ist als Motiv nichts anderes als das Koalitionsbedürfnis maßgebend.“

Sogar der unabhängige Ströbel sagte in derselben Nummer, daß es ohne Demokratie und Koalition nun einmal nicht gebe. Die Ansicht, daß der Weg nicht zurück zum Kapitalismus, sondern vorwärts zum Sozialismus führe, könne nur in der Praxis, also letzten Endes nur in der Koalition gewonnen werden.

Ströbel schloß: „Die Koalition zwischen den entwicklungsunfähigen Elementen des Bürgertums und des gesamten Sozialismus ist unvermeidlich, und je eher sie kommt, desto besser ist es für die Entwicklung Deutschlands. Schon heute gilt es deshalb, mit allen Kräften die Koalition vorzubereiten, alle Gewaltspolitik zu verpönnen und jedes Diktaturverhältnis zu bekämpfen.“

Wanz leise hatte sogar der „Vorwärts“ am 16. Juni ähnliches angedeutet, als er in einem Leitartikel „Probleme des Sozialismus“ auseinanderlegte, daß die Behauptung, der Kapitalismus hätte sich abgewirtschaftet, eine Parole sei:

„Dem ungeschulten Verstand wird eine bloße Draufgängertat unangehmer schmeichlich und Erfolg versprechend erscheinen, und erst der Gesuchte wird verstehen, daß der wirkliche Sieg nur durch eine vorsichtige wägende Strategie zu erreichen ist, er wird sogar begreifen, was dem Ungeschulten ein ewiges Rätselraum bleiben wird: daß man sich zeitweilig auch mit Teilen des Klassengegners verbinden kann, um dadurch die Position der eigenen Klasse zu befestigen und voranzujubeln.“

Auf halbem Wege stehen geblieben sind dagegen die Blätter der Reichssozialisten, die, wie z. B. die „Freie Presse“ in Leipzig vom 9. Juni, den Fehler noch nicht eingesehen wollen, aber immerhin der Meinung Ausdruck geben, daß eine andere Taktik nötig sei. Die Parole „Der Feind steht rechts“ wird auch hier als verfehlt anerkannt und hingegen ist, daß man von einer Taktik Abschied nehmen müsse, die zum Schaden der Partei Platz gegriffen habe, daß man mit den ewigen Verbeugungen vor der U. S. V. aufhören und wie noch recht so auch nach links Festigkeit und Mutarat bewahren müsse.

Ueberdies, da, was das geschehen ist, hat die Partei den Wahlkampf allmählich überstanden, wo man aber anders verfahren hat man die Polen in die unabhängige Küche getrieben.“

Dieselben Gedanken — man sieht, die Erkenntnis ist im Zunehmen begriffen — sprachen sämtliche Redner der Dresdener Funktionärskonferenz vom 17. Juni aus, ebenso die Redner der Bezirkskonferenz des Bezirkes Jwauidau (Volkstimme Plauen vom 30. Juni). Sie alle waren einig in dem Jugendschicksal, daß die Parole des Parteitag von Reichs „Der Feind steht rechts“ verfehlt war. Wir Arieren hier die Neuerungen einiger Diskussionsredner:

„Der Wahlkampf wäre besser gewesen, wenn wir den Kampf mehr nach links geführt hätten. Heute hört man z. B. nicht mehr von den Unabhängigen gegen den Reichswehraminister, weil er ein Bürgerlicher ist.“

Der Wahlkampf gegen links ist nicht scharf genug geführt worden. Von einer „Brüderpartei“ kann keine Rede mehr sein. Die Methoden der U. S. V. dürfen wir nicht in der eigenen Partei fortleben, gegen unsere Parteigenossen zu gehen.“

„Dumme Stimmen aus bürgerlichem Lager sind mir lieber, als laute Stimmen von den Unabhängigen. Im politischen Kampf muß man sich des Angriffs bedienen, auch gegen die Unabhängigen.“

Im Wahlkampf hat die U. S. V. die gemäßigten Angriffe gegen uns erhoben. Von dem Charakter aus ist ein Zwischenruf in Redegegrän, wo ein Unabhängiger gerufen hat: „Ueberdies ist ihnen lieber als Roske.“

Richard Meier, Mitglied des Reichstages: Man dürfe nicht mehr länger den Buckel hinhalten, sondern müsse jetzt auch auf die Unabhängigen einbauen.“

Auf dieser Konferenz wurde schließlich eine Entschließung gefaßt, worin es am Schluß heißt, daß eine Opposition auch gegenüber der rein regierenden Politik der Unabhängigen und Kommunisten zum Ausdruck kommen müsse.

Von der Spaer Konferenz.

Die Mittwochssitzung in Spa hat für die Deutschen etwas Besseres abgezeichnet als die vorhergehenden. Der ganze Verlauf der Sitzung machte einen freundlicheren Eindruck, wenn auch die Gegner in ihren Ausführungen die bisherige Schärfe nicht vermissen ließen. Es steht fest, daß die deutsche Delegation einstimmig beschlossen hat, die Forderungen des Verbundes in soweit zu erfüllen, als sie von den militärischen Stellen für durchführbar gehalten werden. Ueber die gefällige Sitzung meldet der Sonderberichterstatter der T. N. folgendes:

In Beginn der heutigen Sitzung sprach Reichsfinanzminister Lehrenbach sein Bedauern darüber aus, daß angesichts der Schwierigkeiten in der Entwaffnungsfrage die Wegweisung nicht damit einverstanden sei, die militärischen Hauptfragen im Zusammenhang zu besprechen. Er teilte sodann mit, daß die deutschen Delegierten entschlossen seien, den Wunsch der Alliierten nach Vorlegung bestimmter Vorschläge in der Entwaffnungsfrage zu erfüllen. — Minister Simonowitsch wies darauf hin, daß Deutschland hoffen dürfe, auch seinerseits gewisse Erwartungen erfüllt zu sehen. Zunächst dürfe die Entwaffnung nicht im ganzen Reichsgebiet gleichzeitig vorgenommen werden. Sodann wäre es notwendig, daß die Alliierten in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht Deutschland Unterstützung angedeihen ließen. Ferner lege man auf deutscher Seite die Erwartung, daß der Verband die Bemühungen Deutschlands, den Waffenhandelsverkehr in den besetzten Gebieten zu unterbinden, unterstützen werde. — General v. Seodt schilderte hierauf an der Hand umfangreichen statistischen Materials — dessen amtlichen Charakter er auf eine Frage Lord Georges betonte — den gegenwärtigen Stand der Entwaffnung, sowie der Zerstörung des Materials. Er betonte, daß ein Zeitraum von 1 1/2 Jahren notwendig sei, und zwar so, daß vom 1. Oktober 1920 ab vierteljährlich 10 000, später vierteljährlich 40 000 Mann entlassen werden und in demselben Maße die Brigadstärke herabgesetzt werde. Gewisse Einzelheiten sollen mit den militärischen Sachverständigen auf der Gegenseite besonders beraten werden.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung betonte Lord George in längerer Rede, daß den Forderungen der Alliierten nicht ein Mißtrauen gegen die gegenwärtige deutsche Regierung zugrunde liege. Es liege jedoch ein Gefahr darin, die der deutschen Regierung einen Schauer beibringen müßte, daß 3 Millionen Gewehre und zahlreiches Material im Lande zerstreut sei. Er würde jedenfalls einen solchen Zustand nicht drei Tage dulden. Die deutsche Regierung habe jetzt Gelegenheit, einen Beweis ihrer Macht zu liefern. Die Frist von 1 1/2 Jahre lehnte Lord George ab und erklärte, die äußerste Frist sei eine Verlängerung um drei Monate. In der morgigen Sitzung werde der Verband hierüber eine endgültige Antwort erteilen. Von der deutschen Regierung erwarte man jetzt, daß sie den Besitz von Waffen durch Greif unter strenge Strafe stellt.

Außenminister Simonowitsch überdies auf diese Rede des englischen Ministerpräsidenten. Er stimmt mit ihm darin überein, daß der gegenwärtige Zustand in Deutschland voller Gefahren sei. Indessen sei die deutsche Regierung durch den verlorenen Krieg und durch die Revolution in ihrer Macht beschränkt. Ueberdies sei es selbst der starken englischen Regierung bis in die letzte Zeit hinein nicht möglich gewesen, gewisse Entwaffnungen vorzunehmen.“ Simonowitsch schloß seine Ausführungen, indem er nochmals die Notwendigkeit einer längeren Frist für die Durchführung der geplanten Maßnahmen betonte.

Die Sitzung wurde daraufhin auf Donnerstag vertagt. W. T. B. verbreitet über die gestrige Sitzung folgenden Bericht:

Spa, 7. Juli. In der heutigen 3. Sitzung der Konferenz schilderte Reichsminister Dr. Simonowitsch zunächst die Schwierigkeiten, die für Deutschland mit der Forderung auf sofortige Ablieferung des Deeresmaterials und gleichzeitige Überdeckung der Truppenzahl verbunden seien. Trotzdem wollten wir bestimmte Daten und Zahlen über die Materialablieferung und die Deeresverminderung abgeben. Wir begnügen aber die Erwartung, daß die Alliierten bei den weiteren Verhandlungen Verständnis für unsere wirtschaftliche Lage bewiesen, daß sie uns bei Unterbrechung des Waffenhandels aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet beiständen und daß sie insbesondere auf den Abmarsch der Garnisonen aus dem sogenannten neutralen Zonen nicht beständen, da anderenfalls dort Revolten, zum mindesten aber schwere Unruhen und Aufruhr der seitenden Industriekreise unvermeidlich seien. Darauf legte General von Seodt ausführlich den Plan wegen Ablieferung des restierenden Deeresmaterials und der allmählichen Verabreichung der Truppenstärke dar. Die Verminderung der Reichswehr solle bis zum Oktober 1920 auf 100 000 Mann, bis Januar 1921 auf 150 000 Mann, bis 1. April 1921 auf 160 000 Mann, bis 1. Juli 1921 130 000 Mann, bis 1. Oktober 1921 auf 100 000 Mann durchgeführt werden. Lord George antwortete, die eigenen Angaben des Generals zeigten, wie berechtigt die Befürchtung der Alliierten vor dem gegenwärtigen militärischen Zustande in Deutschland sei, da jetzt über die im Friedensvertrage zugelassene Zahl hinaus noch drei Millionen Bewaffnete im Lande befänden. Das bedeute eine be-